

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telex: 8 86846 ppbn d
Telefax: 21 0664



Inhalt

Horst Niggemeier MdB zur Reaktion im Revier auf den Klageverzicht der Bundesregierung gegen die EG-Kommission: Explosive Enttäuschung über die Bonner Kohle-Politik.

Seite 1

Hermann Heinemann zum Erfordernis, die Gesundheitsgefahren zu beseitigen: Arbeitsschutz darf nicht unter die Räder kommen.

Seite 3

Reinhold Hiller MdB zu den Rechts-Kontakten der Pommerschen Landsmannschaft: Wes Geistes Kind?

Seite 4

Dokumentation

Die Sektionen der Ärzte gegen den Atomkrieg in beiden deutschen Staaten haben an die verantwortlichen Politiker in Ostberlin und Bonn appelliert, sich gegen neue Kurzstreckenraketen einzusetzen. Wortlaut

Seite 5

44. Jahrgang / 88

10. Mai 1989

Explosive Enttäuschung über die Bonner Kohle-Politik

Zur Reaktion im Revier auf den Klageverzicht der Bundesregierung gegen die EG-Kommission

Von Horst Niggemeier MdB

Selten hat ein ungenutzt gebliebener Fristablauf so viel Unruhe ausgelöst, wie der Klageverzicht der Bundesregierung gegen die kohlefeindlichen Entscheidungen der EG-Kommission am 9. Mai.

In den Kohlerevieren ist an diesem 9. Mai nur ein Hauch dessen spürbar geworden, was sich da in immer schwieriger werdenden Krisen-Intervallen bei den Bergleuten und ihren Familien inzwischen an explosiver Enttäuschung über die Politik angesammelt hat.

Die Phase einer kontrollierten Unruhe in den Montanregionen ist vorbei. Den Bergleuten ist inzwischen klargeworden, daß es an das geht, was der Volksmund „das Eingemachte“ nennt. Um diese niederschmetternde Erkenntnis zu haben, bedarf es nicht eines akademischen Diploms für Politologie oder Ökonomie. Die krisengeplagten Bergleute haben da aus langer Erfahrung ein untrügliches Gespür.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verknüpfere Umwelt
mit wertvoller, 80% reiner
Recycling-Papier.



Dabei dürfen die klassischen Parteien sich allesamt nicht in Sicherheit wiegen, nur weil sie sich selbst argumentationstechnisch in der Lage glauben, die Schuldzuweisungen für die misere Situation der deutschen Steinkohle an die jeweils andere Partei vorzunehmen.

Angesichts der bis zum endgültigen Aus reichenden Kollaps-Gefahren für die Steinkohle ist von den Bergleuten keine hochpolitische Differenzierungsbereitschaft mehr zu erwarten. Eine parteispezifisch orientierte Freistellung von der politischen Verantwortung wird es nicht geben.

Darüber müssen sich die Regierungen und die Opposition in Bonn und den jeweiligen Landeshauptstädten klar werden. Es sollte erkannt werden, daß der Vertrauensverlust in die Politik in staatspolitisch bedenkliche Größenordnungen hineinzuwachsen droht; dies muß nach den Wahlergebnissen von Berlin und Hessen wohl nicht weiter erläutert werden.

Einer solchen Entwicklung kann nicht mit der permanenten öffentlichen Darstellung von parteipolitischen „Alles-oder-Nichts“-Positionen in der Energiepolitik begegnet werden.

Wer vom neuen energiepolitischen Konsens zwar redet, aber sich konsenswidrig in der politischen Arena bewegt, darf sich nicht wundern, wenn aus dem Hauch der Unruhe in den Kohlerevieren vom 9. Mai ein ungestümes Aufbäumen gegen den drohenden Untergang der deutschen Steinkohle wird.

Davon würden dann letztlich auch die revierfernen Bundesländer nicht unberührt bleiben. Auch vor diesem Trugschluß muß gewarnt werden, denn die langfristige Sicherung der Stromversorgung über das Jahr 2000 hinaus ist nicht von den Grenzen der Bundesländer abhängig.

(-/10.5.1989/rs/ks)

* * *

Arbeitsschutz darf nicht unter die Räder kommen

Zum Erfordernis, die Gesundheitsgefahren zu beseitigen

Von Hermann Heinemann
Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Wettlauf um Produktivität und um Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten darf der Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer nicht unter die Räder kommen. Man muß nicht nur verhindern, daß Dreck und Gift die Fabriken verlassen. Auch der Arbeitsplatz und damit die Arbeitsumwelt darf nicht zur „umweltschutzfreien Zone“ verkommen. Gesundheitsschutz ist kein Hobby für den Feierabend oder den Urlaub, sondern muß auch während der Arbeitszeit im Mittelpunkt stehen.

Es ist in den letzten zehn Jahren zwar gelungen, die Arbeitsunfälle in der Bundesrepublik um etwa 13 Prozent zu verringern, Problematisch und in mancher Hinsicht sogar dramatisch ist jedoch die Situation bei den Berufskrankheiten:

- 1987 mußten etwa 190.000 Versicherte wegen ihrer angegriffenen Gesundheit vorzeitig in Rente gehen. Das waren immerhin 40 Prozent aller neuen Rentenfälle bei den Männern und 18,6 Prozent bei den Frauen.
- 1986 stieg die Zahl angezeigter Berufskrankheiten gegenüber 1985 um fast 20 Prozent und im Jahre 1987 noch einmal um sechs Prozent.
- Vor allem schwere Hautkrankheiten gehen immer häufiger in die Statistiken der Berufskrankheiten ein: 1987 stellte diese Berufskrankheit mit rund 15.500 Anzeigen mit Abstand den Spitzenreiter.

Gerade zu verherrend ist auch die Zunahme der allergischen Erkrankungen. Allein in den letzten zehn Jahren haben sich beispielsweise die obstruktiven Atemwegserkrankungen, die durch allergisierende Stoffe bedingt sind, fast verfünffacht.

Ich appelliere an die Arbeitgeber, den Kampf um gesunde Produktionsverfahren stärker als bisher zu ihren ureigenen Anliegen zu machen. Jede Modernisierung und Neuerung, jede Produktionsumstellung und Rationalisierung kann auch immer mit Gesundheitsgefahren verbunden sein. Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang daran, daß in der Bundesrepublik derzeit etwa 60.000 verschiedene reine chemische Stoffe verwendet würden, die in verschiedenen Konzentrationen in rund einer Million verschiedener Zubereitungen verwendet würden. Die Wirkungen dieser Stoffe auf den menschlichen Körper und die Gefahren, die von jedem einzelnen Stoff ausgehen können, sind zum überwiegenden Teil noch gar nicht oder zumindest noch nicht ausreichend erforscht. (-/10.5.1989/rs/ks)

Wes Geistes Kind?

Die Führung der Pommerschen Landsmannschaft zwischen pluralistischem Anspruch und rechtsradikaler Wirklichkeit

Von Reinhold Hiller MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

In zahlreichen Gesprächen, Briefen und Veröffentlichungen hat der Präsident der Pommerschen Landsmannschaft, Dr. Philipp von Bismarck, die Überparteilichkeit und den Pluralismus für seine Organisation in Anspruch genommen. Leider muß man immer wieder feststellen, daß zwischen Anspruch und Wirklichkeit ein riesiger Graben besteht.

Das neueste Beispiel einer endlosen Reihe liefert der stellvertretende Vorsitzende der Pommerschen Landsmannschaft, O. Becker, der als Landespressesprecher der rechtsradikalen Republikaner tätig ist. Bei seinen öffentlichen Verlautbarungen tritt er mal unter dem einen und mal unter dem anderen Mäntelchen auf. Der politische Inhalt ist immer der gleiche. Er benutzt sein Amt bei der Landsmannschaft, um unter der Fahne der angeblichen Überparteilichkeit rechtsradikale Politik zu betreiben und zu verkaufen.

Wenn jemand in exponierter Position rechtsradikale Politik betreibt, insbesondere im Umgang mit Mitmenschen, dann ist klar, was er unter „echter Verständigung“ mit dem polnischen Volk versteht. Er will die Herausgabe der sogenannten Ostgebiete an die vermeintlichen Eigentümer, mit anderen Worten er will die Polen, die dort seit fast 45 Jahren leben, mindestens wieder vertreiben. Er bedroht die betroffenen Polen mit dem Verlust ihrer Heimat, ihrer Existenz. Das versteht Becker unter „Verständigung“ und er verkündet es im Namen der Pommerschen Landsmannschaft.

Man kann nur hoffen, daß Herr von Bismarck und seine Landsmannschaft es schaffen, sich von solchen Kräften zu trennen und sich klar von deren Politik zu distanzieren. Der Dialog mit allen demokratischen Parteien ist durch Personen wie Herrn Becker und ihre Tätigkeit äußerst belastet.

Die Landsmannschaft Pommern erhält in Lübeck aus Mitteln des Bundes und des Landes ein Zentrum für über 40 Millionen DM. Sowohl das Pommersche Landesmuseum als auch die Ostsee-Akademie sind aus öffentlichen Mitteln errichtet worden. Die Landsmannschaft wird in großzügiger Weise mit öffentlichen Geldern unterstützt. Sogar ihre Propagandatreffen lassen sie sich aus Kulturmitteln des Bundes mitfinanzieren. Und es ließen sich noch viele Beispiele öffentlicher Unterstützung anführen.

Es ist doch nun mehr als recht und billig, daß Entscheidungsträger sich darum kümmern, was mit den Geldern geschieht und daß sie darauf achten, daß keine einseitige politische Propaganda und schon gar keine Radikalen mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. Die weitere Förderung insbesondere der Ostsee-Akademie wird davon abhängen, ob der Pluralismus und die Überparteilichkeit gewährleistet werden kann. Eine rechtsradikale Kaderschmiede kann nicht auch noch mit Steuergeldern der Bürger finanziert werden. Die Entscheidungen werden durch das Verhalten der Landsmannschaft bestimmt werden.

In einem Brief an Herrn von Bismarck habe ich diesen aufgefordert, sich von Herrn Becker zu trennen.

(-/10.5.1989/rs/ks)

* * *

Dokumentation
=====

Ärzte gegen den Atomkrieg appellieren an beide deutsche Staaten

Die Sektionen der Ärzte gegen den Atomkrieg in beiden deutschen Staaten haben an die verantwortlichen Politiker in Ostberlin und Bonn appelliert, sich gegen neue Kurzstreckenraketen einzusetzen. Wir dokumentieren diesen Appell zusammen mit einem Brief an Bundeskanzler Kohl und einem Schreiben an Bundespräsident Richard von Weizsäcker in der gleichen Angelegenheit.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Wir Ärztinnen und Ärzte der IPPNW sind in großer Sorge wegen der Forderungen aus USA und Großbritannien nach Modernisierung und Installierung nuklearer Kurzstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland. Wenn wir auch zu unserer Zufriedenheit zur Kenntnis nehmen konnten, daß die Bundesregierung im Augenblick keine Zustimmung zu diesen Vorhaben geben will, so befürchten wir doch aus unseren Erfahrungen, daß nach der Bundestagswahl dem Begehren nach Modernisierung und Installierung dieser nuklearen Kurzstreckenraketen nachgegeben werden wird.

Wir stimmen mit Dr. Dregger überein, daß „je kürzer die Raketen-Reichweite, desto deutscher die Wirkung“ sein würde. Im Fall eines Krieges oder wegen menschlichen oder technischen Versagens würde es zur Zerstörung deutscher Lande und Vernichtung deutscher Menschen beiderseits der Grenze kommen.

Vor wenigen Tagen haben sich IPPNW-Präsidiumsmitglieder aus der DDR mit Vorstandsmitgliedern aus der Bundesrepublik Deutschland getroffen. Dabei haben wir unsere großen Sorgen und unsere ärztlichen Verpflichtungen besprochen und beschlossen, an die Staatsoberhäupter und Regierungschefs den beiliegenden Appell zu richten. Bitte nehmen Sie das beiliegende Schreiben zur Kenntnis, und wir wären Ihnen für eine weiterhelfende Antwort sehr dankbar.

Mit den besten Grüßen

Ihre sehr ergebenen
gez. Prof. Dr. Ulrich Gottstein

gez. E. Müller-Belikoff
Ärztin f. Kinder- und
Jugendpsychiatrie

* * *

Hochverehrter Herr Bundespräsident!

Die IPPNW der Bundesrepublik Deutschland ist Ihnen wiederum von Herzen dankbar dafür, daß Sie zum Problem der Kurzstreckenraketen-Modernisierung mutig und eindeutig gesprochen haben. Wir möchten Sie sehr herzlich und in großer Sorge darum bitten, auch weiterhin alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, um die Modernisierung bzw. Neuinstallation der nuklearen Kurzstreckenraketen zu verhindern.

Vor wenigen Tagen trafen sich IPPNW-Präsidiumsmitglieder aus der DDR mit Vorstandsmitgliedern aus der Bundesrepublik. Dabei besprachen wir ganz besonders die gemeinsamen Sorgen, denn im Kriegsfall oder beim Versagen von Mensch oder Technik käme es zur Zerstörung deutscher Lande und Vernichtung deutscher Menschen auf beiden Seiten der Grenze. Wir beschlossen deshalb, aus gemeinsamer Sorge und Verantwortung den beiliegenden Brief an die Staats- und Regierungschefs von Bundesrepublik und DDR zu schicken. Daher empfangen Sie bitte unser beiliegendes Schreiben.

In großer Verehrung und mit Dankbarkeit sowie freundlichen Grüßen

Ihre sehr ergebenen
gez. Prof. Dr. Ulrich Gottstein

gez. Fachärztin E. Müller-Belikoff

* * *

Herrn Bundespräsidenten R. von Weizsäcker, Bundesrepublik Deutschland
Herrn Bundeskanzler H. Kohl, Bundesrepublik Deutschland
Herrn Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, E. Honecker
Herrn Vorsitzenden des Ministerrats der DDR, W. Stoph

Sehr geehrte Herren!

Als ärztliche Mitglieder der IPPNW-Sektion der Bundesrepublik Deutschland und der IPPNW-Sektion der Deutschen Demokratischen Republik appellieren wir an Sie, sich gegen jegliche Modernisierung von nuklearen Kurzstreckenraketen einzusetzen, die unsere Mitmenschen in beiden deutschen Staaten vernichten würden.

Wir Ärzte wissen aus unserer Sachkenntnis, daß es nach dem Einsatz von Nuklearwaffen keine wirk-
same Hilfe gibt.

Der mit dem INF-Vertrag begonnene Prozeß der Vernunft sollte unbeirrt bis zur endgültigen Abschaffung aller Atomwaffen fortgesetzt werden.

Der Hippokratische Eid der Ärzte treibt uns, diesen Appell an Sie zu richten.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung

gez. Prof. Dr. M. Mebal und Prof. Dr. H. Roding für das Präsidium der DDR-Sektion der IPPNW,
gez. Prof. Dr. U. Gottstein und E. Müller-Belikoff für den Vorstand der BRD-Sektion der IPPNW

(-/10.5.1989/rs/he)

* * *